

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet über die Seite des Kreisverbandes der LINKEN
<https://www.dielinke-mittelsachsen.de>

Mittelsächsische LinksWorte

19. APRIL 2023

NR. 182

17. JAHRGANG



Die Osterfeiertage sind vorüber und der Frühling des Jahres 2023 hat sich Bahn gebrochen. Politisch werden diese Tage vom Ampel-Streit überschattet. DIE LINKE als mit viel Glück in den Bundestag gewählte Oppositionspartei kann davon nicht profitieren. Der andauernde innerparteiliche Streit verhindert es, dass DIE LINKE als die antifaschistische Partei und die Friedenspartei wahrgenommen wird, für die »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Faschismus« zusammengehören. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat auch der deutschen Friedensbewegung, in der DIE LINKE seit jeher ein Aktivposten war, eine Zeitenwende gebracht und tiefe Gräben aufgerissen. Wir setzen uns in dieser Ausgabe damit auseinander.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. DOKUMENTIERT:

DIE AKTUELLE DEBATTE
UM DAS „MANIFEST FÜR DEN FRIEDEN“

2. INFORMIERT:

DIE LINKSFRAKTION IM KREISTAG IST FÜR
EINEN SOZIALAUSSCHUSS

3. DEBATTIERT:

ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE FRIEDENSBEWE-
GUNG UND DIE „QUERFRONT“ DER RECHTEN

2	editorial & debatte
3	dokumentiert & aktuell informiert
4/5	titelthema 1: debatte zum friedensmanifest
6	titelthema 2: linksfraktion im kreistag für einen sozialausschuss
7	unsere serie - immer auf seite -7- „linksworte“ vom april 2009
8	titelthema 3: friedensbewegung und querfront
9	recherchiert: die citybahn chemnitz
10	unsere serie zur politischen bildung: beitrag -84-: das selbstbestimmungsrecht der völker
11	kreisvorstand & glückwünsche & historische daten
12	termine & trauer & querbeet

Erscheinungstag der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist am Mittwoch, dem 17. Mai 2023. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 10. Mai. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck, die Online-Ausgabe und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 10,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion:

Achim Grunke, Gottfried Jubelt,
Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz:

A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck:

Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr mussten wir es mit einem kühlen Frühlingauftritt leben. Wenigstens über die Osterfeiertage gab es eine erste zaghafte Frühlingsoffensive. Politisch werden diese Tage vom Ampel-Streit überschattet. Die Mehrheit der Deutschen fürchtet, dass die Bundesregierung auch in Zukunft durch Auseinandersetzungen gelähmt wird. Nach aktuellen Befragungen sprechen sich 55 Prozent sogar für ein Ende der Ampel-Koalition aus. Den Kanzler halten viele für führungsschwach.

DIE LINKE als Oppositionspartei kann davon nicht profitieren. Aktuell würde sie nur 4,5 Prozent der Stimmen erhalten. Hintergrund ist die schwerste Krise unserer Partei seit ihrer Gründung. Wir bieten aktuell insbesondere in der Frage der Haltung zu Waffenlieferungen an die Ukraine und zur Nato ein Bild der Zerrissenheit. Seit der von Sahra Wagenknecht mit initiierten Demonstration »Aufstand für Frieden« hat sich der Streit nochmals zugespitzt. Die Parteiführung warf Wagenknecht damals vor, sich nicht klar von rechts abzugrenzen, und versagte der Demo ihre Unterstützung. Für die Bevölkerung überdeckt der innenpolitische Streit die Tatsache, dass DIE LINKE eine antifaschistische Partei und eine Friedenspartei ist, für die »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Faschismus« zusammengehören.

Wir gehen in diesem Heft gleich in zwei Titelthemen auf die aktuelle Debatte ein. Im ersten Titelthema auf den Seiten -4- und -5- geht es um den Friedenspolitischen Aktionsplan der LINKEN bis zum diesjährigen Weltfriedenstag am 2. September und noch einmal um eine Wertung des „Manifest für den Frieden“ von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer. Das dritte Titelthema befasst sich mit der „Zeitenwende“ in der deutschen Friedensbewegung und die von den Rechten gepredigte Querfront in der Friedensfrage. Im Februar und März haben wir bereits über den von der Linksfraktion im Kreistag initiierten Antrag zur Bildung eines Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Kultur berichtet, der zur Sitzung des Kreistages am 8. März leider nicht die notwendige Mehrheit fand. Wir dokumentieren die Rede von Kreisrat Torssten Bachmann, in welcher er den Antrag der Fraktion begründete.

Mit einem Rückblick auf unsere April-Ausgabe des Jahres 2009 setzen wir unsere Serie zur Historie der LinksWorte nach der Bildung des neuen mittelsächsischen Kreisverbandes fort. Die Serie werden wir am Jahresende abschließen, nachdem wir in den kommenden Monaten das „Superwahljahr“ 2009 mit Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen noch einmal Revue passieren lassen. In unserer kleinen Serie zur Bedeutung der Eisenbahn für den Landkreis Mittelsachsen beschäftigen wir uns mit dem Chemnitzer Modell und seine seit Oktober 2016 wirkenden positiven Auswirkungen auf das Kreisgebiet um Burgstädt, Mittweida, Frankenberg und Hainichen.

Der inzwischen schon 84. Beitrag unserer Serie zur politischen Bildung und Information beschäftigt sich in Fortsetzung des Beitrags im März mit dem Thema „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ mit besonderem Blick auf die Ukraine.“ Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und anregende Lektüre.

die linke und das wagenknecht-dilemma

Von HANS WEISKE

Am 5. April erschien in der „Freien Presse“ ein Artikel unter der Überschrift „Nächster Friedensappell - und niemanden interessiert“ s. Verfasst wurde er vom Leiter des Dresdner Büros der Zeitung, dem Journalisten Tino Moritz. Er verfolgte am 6. April als Gast mit großem Interesse die Debatte im Kreisvorstand, ob die Forderung des Stadtverbandes Leipzig nach einem außerordentlichen Parteitag unterstützt wird. Die Leipziger Genoss*innen begründen ihre Forderung damit, dass „die Funktion unserer Partei in der Zeit von Krieg, Klimawandel und zunehmenden sozialen Verwerfungen neu geklärt werden muss“. Mit Hinweis darauf, dass ein Sonderparteitag mit den gleichen Delegierten wie der Parteitag im vergangenen Sommer stattfinden würde und deshalb zu wahrscheinlich ähnlichen Beschlüssen führen würde, wurde die Forderung der Leipziger Genoss*innen im Kreisvorstand nicht unterstützt.

In der leidenschaftlichen Debatte aber ging es inhaltlich um mehr als die Einberufung eines Sonderparteitages. Von Anfang an wollte man sich nicht auf das Thema „Sahra Wagenknecht“ fokussieren, kam aber nicht darum herum. Die erst vor wenigen Monaten gewählte Doppelspitze um Janine Wissler und Martin Schirdewan streitet mit dem Lager um Sahra Wagenknecht, die die Gründung einer neuen Partei erwägt. Streitpunkt ist vor allem die Haltung zum Ukraine-Krieg und zur Nato. Aus aktuellem Anlass hat der Parteivorstand am 21. März einen Friedenspolitischen Aktionsplan verabschiedet. Dort wird betont, dass DIE LINKE den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine scharf verurteilt und dafür eintritt, für die Lösung statt auf Waffen auf zivile Mittel zu setzen. Bundesgeschäftsführer Tobias Bank betont, dass es eine Legende sei, dass das innerhalb der Linken eine offene Frage wäre. Zum „Friedensmanifest“ von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer regt sich auch in der LINKEN Widerspruch. Die interessanteste Debatte im Kreisvorstand gab es - wieder ausgehend vom Krieg in der Ukraine und in den vergangenen Tagen von den Ostermärschen - zur Frage: „Ist der Kampf für den Frieden wichtiger als der Antifaschismus?“ Oder anders formuliert - wie stellt sich DIE LINKE zu jenen Kräften in der Friedensbewegung, die diese Auffassung unterstützen. Im Kreisvorstand prallten zwei Auffassungen aufeinander, was heutzutage den Kitt dafür ausmacht, dass DIE LINKE nicht auseinanderbricht: zum einen die Betonung des Primats des „reinen“ Friedensgedankens (alle, die ehrlichen Herzens für den Frieden sind, sind willkommen), zum anderen das Primat des konsequenten Antifaschismus (bedingungslose Abgrenzung gegen rechts). Erschreckend, dass vor allem von Wortführern der extremen Rechten zielgerichtet an einer sogenannten Querfront in der Friedensfrage gearbeitet wird.

Einig war man sich im Kreisvorstand in der Kritik an Sahra Wagenknechts kürzlich abgegebenen Erklärung, dass sie nicht wieder für DIE LINKE kandidieren werde und mit der Entscheidung über eine Partei-Neugründung bis zum Jahresende warten wolle. Die Karten, so die Meinung aller, müssten im Interesse der Partei sofort auf den Tisch! Janine Wissler hat Sahra Wagenknecht zu Recht aufgefordert, mit der LINKEN an einem Strang zu ziehen oder die Partei sofort zu verlassen.

im „neuen deutschland“ gelesen

Ein Artikel von JANA FRIELINGHAUS, erschienen am 5. April unter der Überschrift „**Linke auf beiden Seiten - Partei streitet darüber, welche Ostermärsche man unterstützen sollte und welche nicht**“ beschäftigt sich im Vorfeld der Ostermärsche 2023 besonders damit, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine auch der deutschen Friedensbewegung eine Zeitenwende beschert hat. In etlichen Städten hatte sich die Linke von den traditionellen Ostermärschen mit der Begründung distanziert, sie seien nach rechts offen. Jana Frielinghaus schreibt in ihrem Beitrag, dass es in mehreren deutschen Städten, darunter in Berlin, Hamburg, Potsdam und Magdeburg, zwei Ostermärsche geben wird - einen von der klassischen Friedensbewegung organisierten und einen zweiten, zu dem Die Linke zusammen mit anderen Bündnispartnern aufruft. Weiter spricht sie davon, dass „viele Linke mahnen, alte Parolen müssten überdacht werden“. So sagte die amtierende Berliner Sozialsenatorin **KATJA KIPPING** kürzlich, dass die Linke ihre Position zur Nato überdenken und aktualisieren müsse. Die Aussage im Erfurter Programm, dass man langfristig für die Auflösung der nordatlantischen Militärallianz und deren Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitsbündnis eintrete, sei „von der Zeit überholt“. Die Linke solle weiter eine „Kraft gegen Aufrüstung und Militarisierung“ sein - so Kipping weiter - es müsse aber auch „klar sein, dass der Ruf nach Verhandlungen nicht unter der Hand eine Komplizenschaft mit Putin ist“.

In einem am 12. April im „neuen deutschland“ veröffentlichten Leserbrief schreibt Ursula Kachel aus Erfurt dazu: „Katja Kipping sagt, die Linke müsse ihre Position zur Nato überdenken und aktualisieren. Sie sollte die Finger von unserem Erfurter Programm lassen und sich den Grünen oder der SPD anschließen, dorthin passt sie besser!“

In eine ähnliche Richtung wie bei Kipping gehen - so im genannten Artikel weiter - Äußerungen von **BODO RAMELOW**. Thüringens Ministerpräsident beklagte kürzlich erneut eine Verklärung des „imperialen“ Russlands. Entgegen der Beschlüsse des Parteitagess vom Juni 2022 unterstützt Ramelow auch die Lieferung von Waffen an die Ukraine.

In seinen Ausgaben vom 11. und 12. April berichtete das „neue deutschland“ über die Ostermärsche in etwa 70 Städten, darunter auch in Chemnitz. Die Überschriften lauteten „**Zum zweiten Mal überschattet der russische Angriffskrieg die Ostermärsche**“ bzw. „**Auf den Ostermärschen standen Appelle an die Bundesregierung im Mittelpunkt**“.

In Potsdam - so im Bericht vom 12. April - veranstaltete Die Linke eine eigene Friedenskundgebung, auf welcher der Bundesvorsitzende Martin Schirdewan sprach, bezeichnenderweise vor nur rund 100 Teilnehmern. Der Deutschen Presse-Agentur sagte er, trotz der kontroversen Diskussion zum Konflikt müsse es eine eindeutige Positionierung der Friedensbewegung insgesamt geben. Das bedeute „internationale Solidarität“ mit der völkerrechtswidrig angegriffenen Ukraine und eine „klare Verurteilung des russischen Angriffskrieges“. Gleichzeitig kritisierte Schirdewan das „einseitige Fokussieren“ der Bundesregierung auf Waffenlieferungen und die Ausbildung von ukrainischen Soldaten.

informationen aus dem team tändler-walenta

Helferkreis in Kriebethal

In Kriebethal hat es bereits ein erstes Treffen für die Menschen gegeben, die sich für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge engagieren wollen. Initiiert wurde dieses von Abteilungs- und Einrichtungsleitung des DRK. Der Einladung zum „Helferkreis“ am 20. März 2023 folgten verschiedene haupt- und ehrenamtliche Akteure aus Kriebethal und Umgebung, sowie Vertreter*innen der Lokalpolitik, des Kreissportbund und einer ansässigen Firma. Natürlich waren auch wir vor Ort um uns ein Bild zur Situation machen zu können und unsere Angebote zu unterbreiten.

Herr und Frau Illig gaben einen kurzen Bericht zur aktuellen Situation, allgemeine Informationen zur Unterbringung der Jugendlichen in Kriebethal und welche Ressourcen bereits vorhanden sind. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde brachten die Anwesenden Vorschläge und Ideen ein, wie sie die Jugendlichen zukünftig unterstützen können. Die vielfältigen Angebote, die von gemeinsamen Kochabenden über Deutschunterricht bis hin zu Sport- und weiteren Freizeitangeboten reichen, wurden zunächst gesammelt. Alles in allem eine sehr konstruktive Runde bei der deutlich wurde, dass es sehr viele Menschen gibt die sich für die Jugendlichen engagieren wollen.

Das für den 11. April angedachte Fußballturnier musste wegen Regen leider verschoben werden. Am 26. April können sportbegeisterte Genoss*innen gerne zum Mitspielen vorbei kommen. Treffpunkt wird die DRK- Unterkunft in Kriebethal

sachsenweite Sporttour von Marika Tändler-Walenta

Vom 17. April bis 29. April 2023 reist Marika Tändler-Walenta in ihrer Funktion als sportpolitische Sprecherin unserer Landtagsfraktion unter dem Titel

Ehrenamtsunterstützung, Nachwuchssorgen und Mehrbelastungen - die Sächsische Sportlandschaft politisch fit für die Zukunft machen ! Nach Corona und während der Energiekrise !

durch die zehn Landkreise und die drei kreisfreien Städte des Freistaates. Lokale Mandatsträger*innen unserer Partei werden die umfangreiche Tour natürlich auch begleiten und unterstützen.

Es werden Kreissportbünde, Freizeit- und Breitensportvereine aber auch Profisportvereine besucht. Von Markneukirchen bis Rackwitz und von Görlitz bis Crammischau werden die andauernden und multiplen Krisen der letzten Jahre bis in die Gegenwart ausgewertet und die Wünsche, Forderungen und Ansprüche der sportlichen Basis in den Landtag und somit in das höchste sächsische Parlament getragen. Ob Nachwuchssorgen, notwendige Investitionen und einfach schlechte ÖPNV Anbindung, welches sind die dringendsten Bedürfnisse im Sportland Sachsen - am 29. April wissen wir mehr.

Rückblick auf eine vorgesehene Veranstaltung im Bürgerbüro Mittweida



Am Ende der Streikwoche am 31.03.2023 trafen wir uns mit Stephan Gabler, Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft „Gewerkschaft und Betrieb“ in Chemnitz, im Mittweidaer Abgeordnetenbüro, um aktuelle Gewerkschaftsprobleme oder Themeninteressen der Arbeitenden zu besprechen. Leider konnten wir an diesem Tag keine Besucher*innen bei uns begrüßen. Stephan Gabler rechnete auch für die Betriebsratskonferenz am 04.04. mit sehr einer sehr geringer Teilnehmerzahl. Es zeigt sich immer mehr die Verdrossenheit und

Passivität der Menschen, seien es nun Parteimitglieder oder auch nicht. Wir nahmen ein gemeinsames Brainstorming vor, um Ideen und Themen zu sammeln, welche die Leute ansprechen und interessieren, womit man sie wieder zur Aktivität bewegen kann. Immerhin wollen wir als LINKE für die Bürger*innen da sein, ihnen zuhören und bei ihren Problemen helfen. Doch das können wir nur, wenn man uns auch lässt. Viele Gewerkschaften und Betriebsräte versuchen, für die Belegschaften bessere Bedingungen zu schaffen. Solche werden nicht nur in den Betrieben gebraucht, sondern jeder hofft doch auf eine Lösung seiner alltäglichen oder auch größeren Probleme. Wir hoffen darauf, wieder mehr zu einem Teil des Lebens der Bürger*innen zu werden, um mit ihnen gemeinsam Lösungen zu finden, und somit auch bei weiteren Veranstaltungen mit euch und anderen darüber ins Gespräch zu kommen.

Ostrenten-Härtefallfonds: Sachsen tritt nicht bei

Sozialministerin Petra Köpping hatte beim Finanzminister Geld für Sachsens Beitritt zum Ostrenten-Härtefallfonds beantragt. Diesen Vorschlag hatte Rico Gebhardt ihr im Landtag gemacht. In derselben Sitzung stimmte die Koalition zum zweiten Mal gegen den entsprechenden Antrag der Linksfraktion, dass Sachsen wenigstens die symbolische Einmalzahlung verdoppelt, die ein kleiner Teil der Betroffenen erhalten soll. Nun ist klar: Der Finanzminister stellt sich stur - mit Rückendeckung von Ministerpräsident Kretschmer. Die CDU verhindert

sogar dieses kleine Stück Wiedergutmachung und pfeift auf die Interessen hunderttausender Ostdeutscher, die um einen Teil ihrer erarbeiteten Rentenansprüche gebracht worden sind. Leistung muss sich lohnen? Von wegen!

Übrigens: Das gibt's nicht oft: Der sächsische CDU-Politiker Marco Wanderwitz - zuletzt Bundestagsabgeordneter, Parlamentarischer Staatssekretär und Ostbeauftragter der Bundesregierung - hat verbal auf die CDU-Landtagsfraktion eingedroschen. Die Verhinderung des Ostrenten-Härtefallfonds sei „ein Armutszeugnis, die große Chance auf die Schließung einer Gerechtigkeitslücke wurde vertan“, so Wanderwitz via Twitter.

Seit mehr als einem Jahr führt Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Haltung der Menschen in diesem Lande zum Krieg ist gespalten. In unserer März-Ausgabe dokumentierten wir u.a. die Beschlüsse des Parteivorstands zum Jahrestag des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine vom 16. Februar und zu den Ostermärschen in diesem Jahr vom 11. März. Auf seiner Sitzung vom 21. März verabschiedete der Parteivorstand einen friedenspolitischen Aktionsplan, den wir im folgenden dokumentieren.

Derweil halten die Diskussionen um das von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer verfasste „Friedensmanifest“ an. Zumal ihm ein Anfang April veröffentlichter „Friedensappell“ aus dem SPD-Umfeld mit ähnlicher Stoßrichtung folgte. Wir drucken den von uns bereits in unserer Februar-Ausgabe veröffentlichten Text des „Friedensmanifestes“ und eine im Online-Magazin der LINKEN „Links bewegt“ dazu veröffentlichte ausführliche Replik „Ein Manifest für den Frieden?“ - mit Fragezeichen.

Beschluss des Parteivorstands vom 21. März

Friedenspolitischer Aktionsplan

DIE LINKE ist die Friedenspartei im Deutschen Bundestag – gerade im Angesicht des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine. Wir fordern den Stopp der Waffenlieferungen und den Rückzug russischer Truppen sowie eine Bestrafung aller Kriegsverbrechen. Aber wir stehen für zivile Alternativen und gegen die große Koalition der Aufrüstung und den militärischen Tunnelblick von Bundesregierung und NATO. Sie riskieren eine weitere Eskalation und liefern immer mehr Waffen für einen langen Abnutzungskrieg - davon profitieren vor allem die Rüstungskonzerne.



Wir setzen uns dagegen für eine Diplomatie-Offensive mit Ländern wie Brasilien und China, gezielte Sanktionen gegen Oligarchen und Militär und für Verhandlungen und einen Waffenstillstand ein. Dabei ist für uns immer klar, dass die Forderungen „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Faschismus“ zusammengehören und wir klare Kante gegen die rechten Vereinnahmungsversuche von AfD, Querdenken bzw. Corona-Leugnern und anderen zeigen. Für uns gibt es keine Doppelstandards bei Menschen- und Völkerrecht. Die Souveränität der Ukraine ist für uns ebenso unverhandelbar wie wir die völkerrechtswidrigen Kriege von NATO-Verbündeten in Syrien und im Jemen ablehnen. Wir sind solidarisch mit den betroffenen Menschen in der Ukraine und im globalen Süden. Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine und Schutz für alle Kriegsdienstverweigerer und Geflüchtete.

In diesem Sinne werden wir in den nächsten Monaten mit verschiedenen friedenspolitischen Initiativen die Friedensbewegung stärken und den öffentlichen Druck auf die Bundesregierung für eine Abkehr von ihrem Aufrüstungs- und Militarisierungskurs erhöhen. Dabei werden wir aktiv Bündnispartner*innen wie z.B. IPPNW, Pax Christi, DFG-VK, Attac, Netzwerk Friedenskooperative, medico international, VVN-BdA, die Informationsstelle Militarisation, den Bundesausschuss Friedensratschlag, die Friedens- und Zukunftswerkstatt, die Naturfreunde, gewerkschaftliche und kirchliche Akteur*innen und andere einbeziehen.

Wir wollen als Partei, gemeinsam mit allen Genoss*innen, gegen Krieg und Aufrüst-

ung aktiv werden. Wir werden dafür umfangreiche Materialien zur Verfügung stellen und entsprechende Aktionsangebote machen.

Wir wollen der Partei Raum geben für die Debatten zu Ursachen und Charakter des Krieges. Dabei sollen unterschiedlichen Positionen zum Umgang mit Widersprüchen in der Friedensbewegung zur Sprache kommen und gemeinsame praktische Schritte diskutiert werden, dazu werden noch geeignete Formate entwickelt.

Anmerkung der Redaktion: Angefügt ist dem Aktionsplan eine Übersicht über friedenspolitische Initiativen im Zeitraum vom 13. März bis zum diesjährigen Anti-Kriegs-Tag/Weltfriedenstag am 2. September.

ALICE SCHWARZER SAHRA WAGENKNECHT

Ein Manifest für den Frieden

Heute ist der 352. Kriegstag in der Ukraine (10.2.2023). Über 200.000 Soldaten und 50.000 Zivilisten wurden bisher getötet. Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert. Wenn die Kämpfe so weitergehen, ist die Ukraine bald ein entvölkertes, zerstörtes Land. Und auch viele Menschen in ganz Europa haben Angst vor einer Ausweitung des Krieges. Sie fürchten um ihre und die Zukunft ihrer Kinder.

Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Aber was wäre jetzt solidarisch? Wie lange noch soll auf dem Schlachtfeld Ukraine gekämpft und gestorben werden? Und was ist jetzt, ein Jahr danach, eigentlich das Ziel dieses Krieges? Die deutsche Außenministerin sprach jüngst davon, dass „wir“ einen „Krieg gegen Russland“ führen. Im Ernst?

Präsident Selenskyj macht aus seinem Ziel kein Geheimnis. Nach den zugesagten Panzern fordert er jetzt auch Kampfjets, Langstreckenraketen und Kriegsschiffe – um Russland auf ganzer Linie zu besiegen? Noch versichert der deutsche Kanzler, er wolle weder Kampfjets noch „Bodentruppen“ senden. Doch wie viele „rote Linien“ wurden in den letzten Monaten schon überschritten?

Es ist zu befürchten, dass Putin spätestens bei einem Angriff auf die Krim zu einem maximalen Gegenschlag ausholt. Geraten wir dann unaufhaltsam auf eine Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg? Es wäre nicht der erste große Krieg, der so begonnen hat. Aber es wäre vielleicht der letzte.

Die Ukraine kann zwar – unterstützt durch den Westen – einzelne Schlachten gewinnen. Aber sie kann gegen die größte Atommacht der Welt keinen Krieg gewinnen. Das sagt auch der höchste Militär der USA, General Milley. Er spricht von einer Pattsituation, in der keine Seite militärisch siegen und der Krieg nur am Verhandlungstisch beendet werden kann. Warum dann nicht jetzt? Sofort!

Verhandeln heißt nicht kapitulieren. Verhandeln heißt, Kompromisse machen, auf beiden Seiten. Mit dem Ziel, weitere Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern. Das meinen auch wir, meint auch die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Es ist Zeit, uns zuzuhören!

Wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können nicht direkt auf Amerika und Russland oder auf unsere europäischen Nachbarn einwirken. Doch wir können und müssen unsere Regierung und den Kanzler in die Pflicht nehmen und ihn an seinen Schwur erinnern: „Schaden vom deutschen Volk wenden“.

Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.

BRIGITTE FORSSBOHM

Ein Manifest für den Frieden ?

Es ist nicht zu bestreiten, dass das so genannte „Manifest für den Frieden“ sehr populär ist. Das soziale, kulturelle und politische Engagement vieler Unterzeichner*innen steht außer Frage. Es scheint einen in der deutschen Bevöl-

in der linken zum «manifest für den frieden»

kerung mittlerweile tief verankerten Antimilitarismus ausdrücken. Dies kann aber nicht über die problematischen Inhalte des Manifests in Bezug auf den Krieg in der Ukraine hinwegtäuschen. Auf dem Parteitag der hessischen LINKEN am 4. März in Wetzlar wurden vier Dringlichkeitsanträge vorgelegt, die sich mit dem „Manifest für den Frieden“ der Initiatorinnen Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer sowie der Demonstration eine Woche zuvor in Berlin befassen. Zwei der Anträge unterstützen das Manifest. Ein Antrag auf Initiative der Landesvorsitzenden vermeidet dies, um nach dem erfolgreichen Abschluss der Arbeit am Landeswahlprogramm eine Spaltung der Delegierten in pro und contra Manifest zu vermeiden. Eine Beschlussfassung über die Anträge lehnte der Parteitag mit großer Mehrheit ab. Damit ist die Diskussion weiterhin offen, eine eindeutige Positionierung der hessischen LINKEN ist nicht erfolgt. In einem weiteren Antrag sowie in der Debatte über die Anträge wurde vor allem die offene Flanke des Manifests und der Berliner Demonstration nach rechts kritisiert. Die Gegenseite argumentierte, dass man die Teilnahme rechter Kräfte an Friedensdemonstrationen nicht verhindern könne. Dies gipfelte im (sinngemäßen) Ausspruch eines Delegierten, er stehe lieber neben einem Nazi bei einer Friedenskundgebung, als dass er neben einem Nazi im Schützengraben liege.

Im Manifest werden Krieg, Eskalation und Waffenlieferungen auf der einen und Verhandlungen auf der anderen Seite als frei wählbare Alternativen entgegengesetzt. Schon dies ist politisch manipulativ, denn eine solche Alternative besteht in der Realität nicht. Mit der im Passiv stehenden Aussage „Über 200.000 Soldaten und 50.000 Zivilisten wurden bisher getötet. Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert ...“ bleibt offen, wer die Verantwortung für diese Verbrechen trägt. Solidarität soll zwar der „von Russland brutal überfallenen ukrainischen Bevölkerung“ gelten, nicht aber der Ukraine als souveränem Staat, der mit diesem Angriff ausgelöscht werden soll. Dementsprechend erscheint Selenskyj nicht als der gewählte und rechtmäßige Präsident der Ukraine, sondern nach Lesart des Manifests als gewissenloser Warlord, dem es nur um Kampfjets, Langstreckenraketen und Kriegsschiffe gehe, um „Russland auf ganzer Linie“ zu besiegen.

Nahe am Putinschen Narrativ

Mit diesen Aussagen kommen die Initiator*innen bedenklich nahe an das Putinsche Narrativ, der Westen wolle Russland in seiner Gesamtheit zerstören –, was nichts anderes als eine Umkehr dessen bedeutet, was geschehen ist, weiter geschieht und von russischer Seite nicht mal geleugnet wird: Russland hat die Ukraine überfallen, um Kiew zu erobern, um die legale Regierung zu stürzen und um dem Land das Putinsche System des Autoritarismus aufzukostryieren. Die Vertreibung der ukrainischen Bevölkerung ist mit 18 Mio. Geflüchteten schon im Gange. Nach den Vereinten Nationen handelt es sich um die größte Fluchtbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg. Vertrieben wird die Bevölkerung ukrainischer Städte vor allem durch Angriffe auf Wohngebiete und mit groß angelegten Zerstörungen der Infrastruktur durch das russische Militär. Großrussische Indoktrination, Verschleppung und Umsiedlung, Infiltrations- und Umerziehungslager, das gibt es alles schon in den von Russland besetzten und annektierten Gebieten. Wer die nationale Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine beansprucht, sei „Nationalist“, nach Putinscher Lesart „Nazi“. Ähnliche Worte hält Sahra Wagenknecht bereit, wenn sie den Verteidigungswilligen „Nationalismus“ unterstellt, und solche, die die blaugelbe Fahne hochhalten, für „kriegsbesoffen“ erklärt. (So in ihrem Vorwort zur Taschenbuchausgabe von Die Selbstgerechten)

Kompromisse?

Nach dem Manifest heiße verhandeln, nicht kapitulieren, nur Kompromisse machen. Was soll man darunter verstehen? Putin hält bisher klar an seinen „Zielen“ fest. Das Manifest verlangt weder den Abzug der russischen Truppen vom Territorium der Ukraine, noch fordert es ein Ende der Bombardierung ukrainischer Städte. Welche „Kompromisse“ werden denn seitens der Ukraine erwartet? – Aufgabe der besetzten Gebiete, sowie der Krim? Volksabstimmungen in den besetzten Gebieten unter Aufsicht der UNO? – Bis dahin dürfte die ukrainische Bevölkerung dort verschwunden oder marginalisiert sein, ebenso wie dies auf der Krim mittlerweile der Fall ist.

Die Frage des Selbstverteidigungsrechts

Das Manifest fordert „die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen“. Bezeichnend, dass der Begriff „Eskalation“ sich nicht etwa auf terroristische Kriegshandlungen der russischen Seite wie die Bombardierung von Städten bezieht, sondern auf westliche Waffenlieferungen. Nach Völkerrecht steht der Ukraine das Selbstverteidi-

gungsrecht zu. Auch eine „Nothilfe“ anderer Staaten ist völkerrechtlich abgesichert. Die USA, das Vereinigte Königreich wie auch Russland haben im Budapester Memorandum von 1994 die Sicherheitsgarantien für die Ukraine übernommen, nachdem diese sich zur Übergabe ihrer sowjetischen Atomwaffen an Russland verpflichtet hatte. Diese für die Ukraine fundamentale, international verbrieftete Sicherheitsgarantie wurde von Russland mit der Annexion der Krim gebrochen. Gleich wie man zu Waffenlieferungen im Einzelnen steht: Es ist legitim, der Ukraine Waffen zu liefern, die der Verteidigung bzw. ihrer Souveränität und territorialen Integrität dienen. Ohne entsprechende Waffen ist das Selbstverteidigungsrecht nicht zu verwirklichen. Ohne westliche militärische Unterstützung könnte die Ukraine dem russischen Angriff nicht standhalten. Russland setzt auf Gewalt und auf das Recht des Stärkeren. Man muss sich schon klarmachen, dass ein genereller Verzicht auf Waffenlieferungen die militärische Position Russlands gegenüber der Ukraine stärken und die Unterwerfung des angegriffenen Staats in Kauf nehmen würde.

Was würde mit der Ukraine geschehen, wenn das Regime Putin seine Kriegsziele erreicht?

Das System des Putinschen Autoritarismus würde auf das Gebiet der Ukraine oder im Fall von „Kompromissen“ auf Teilgebiete dauerhaft übertragen. Das hieße Absetzung aller demokratisch gewählten Organe und Körperschaften, ihre Ersetzung durch russlandfreundliche Kräfte, Verfolgung der Mandatsträger*innen und aller, die den Organen des ukrainischen Staates die Treue halten, oder sich einfach nur als Ukrainer*innen verstehen, so wie es in den russisch besetzten Gebieten derzeit schon der Fall ist. Die demokratischen Institutionen der Ukraine würden abgeschafft und das autoritäre System Russlands installiert. Es ist die Gleichgültigkeit gegenüber dieser Frage, die das Manifest so anschlussfähig nach rechts macht. Hier findet der Schulterchluss der Autokraten und Antidemokraten statt. Natürlich hat ein Trump – genauso wenig wie die Repräsentanten der AfD und andere Antidemokraten –, kein Problem damit, wenn die Ukraine unter ein repressives, autokratisches System fällt. Sie wollen die Demokratie abschaffen, im Westen genauso wie im Osten. Die Abwertung demokratischer Institutionen und Errungenschaften, findet man auch bei Sahra Wagenknecht, wenn sie hämisch von „unserer, ach so schönen Demokratie ...“ spricht. Defizite liberaler Demokratien werden von Ihresgleichen gerne im Vergleich mit autoritären Systemen hervorgehoben, um festzustellen, dass das eigene System doch nicht viel besser sei. So werden demokratische Werte relativiert, statt ausgebaut – auch hier der Anschluss an rechts.

Frieden nur im Rahmen des Völkerrechts

Sicher, Verhandlungen, Diplomatie entsprechen unseren Werten, den Werten der Zivilisation. Leider sind es nicht die Werte des Putin-Regimes, das auf Gewalt und das Recht des Stärkeren setzt. Die freie Wahl zwischen militärischem Widerstand und Diplomatie gibt es nicht. Wirklichen Frieden kann es nur auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen geben, im Rahmen des Völkerrechts, das, jawohl, letztlich in Verhandlungen, gegen brutale Gewalt durchzusetzen ist.

BRIGITTE FORSSBOHM ist Historikerin und Verlegerin. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der LINKEN Stadtfraktion Wiesbaden und Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Regionalversammlung Südhessen.

PETER BRAND REINER HOFFMANN

„Frieden schaffen! Waffenstillstand und gemeinsame Sicherheit jetzt!“

So lautet der Titel des Appells für mehr diplomatische Bemühungen im Ukraine-Krieg. Initiiert wurde er von Historiker Peter Brandt, einem Sohn des ehemaligen Kanzlers Willy Brandt (SPD), zusammen mit dem früheren Chef des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Reiner Hoffmann.

Zu den ca. 200 Unterzeichnern gehören vor allem frühere SPD-Funktionäre, wie der ehemalige Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans, die frühere Justizministerin Hertha Däubler-Gmelin, der Ex-Finanzminister Hans Eichel und der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. Unterzeichnet haben auch der Ex-EU-Kommissar Günter Verheugen und Musiker wie Katja Epstein und Konstantin Wecker.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner rufen Kanzler Scholz auf, Länder wie Brasilien, China, Indien und Indonesien für eine Vermittlung zu gewinnen, um schnell einen Waffenstillstand zu erreichen.

Die harsche Kritik am Appell reicht von „Zynismus“ bis „politische Romantik“.

In unserem Februar-Heft berichteten wir über einen am 10. Februar in der „Freien Presse“ erschienen Beitrag von Grit Baldauf unter der Überschrift „Linke wollen Kreis-Sozialausschuss“. Dort wird Torsten Bachmann, Mitglied der Linksfraktion im Kreistag, mit wichtigen Vorschlägen zitiert. Am 8. März fand die Tagung des Kreistages statt und Torsten Bachmann erläuterte den Antrag der Fraktion zur Bildung eines Sozialausschusses im Kreistag. Der Fraktionsvorsitzende Gottfried Jubelt berichtete in unserer März-Ausgabe darüber, dass immerhin 23 Kreisräte für den Antrag stimmten, der Landkreis Mittelsachsen aber sein trauriges Alleinstellungsmerkmal behält, als einziger keinen Sozialausschuss zu haben. Wir dokumentieren im folgenden die Begründung des Antrages der Linksfraktion durch Torsten Bachmann.


Kreisrat Torsten Bachmann

Foto: Falk Bernhardt, FreiePresse

Werter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

50 Prozent der Ausgaben im eben beschlossenen Doppelhaushalt des Landkreises sind Ausgaben im Sozialbereich. Der soziale Bereich wurde in der Vorstellung als eine der größten Herausforderungen aktuell und in den nächsten

Jahren genannt. Das ist ein Grund, weshalb wir einen neuen Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Kultur im Kreistag Mittelsachsen beantragen.

Wann haben wir in der bisherigen Ausschussstruktur des Kreistages Zeit, um uns inhaltlich mit den Themen Gesundheit, Kultur und Soziales zu beschäftigen? Wann beschäftigen wir uns zum Beispiel mit den Herausforderungen in der Familienförderung, in der Pflege, der Situation in den Tafeln usw. ? Auch der Austausch mit den Sozialverbänden, wie Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt und Paritätischer Wohlfahrtsverband kommt aus unserer Sicht viel zu kurz bzw. findet überhaupt nicht statt.

Natürlich sind die meisten Gelder in diesem Bereich von Bundes- und Landesgesetzen und Verordnungen geregelt, aber die Auswirkungen und die praktische Umsetzung erfolgt hier vor Ort. Da sollten wir besser informiert sein, um Probleme zu erkennen und Herausforderungen zu begreifen. Und u.a. die integrierte Sozialplanung ist direkte Aufgabe des Landkreises.

Am 10. März veröffentlichte die „Freie Presse“ unter der Überschrift „Gesundheit und Kultur: Wie Vereine eine stärkere Stimme bekommen sollen“ einen Bericht über den Kreistag vom 8. März, in dessen Mittelpunkt die oben dokumentierten Ausführungen Torsten Bachmanns standen. Der Artikel endete mit den Worten: „Die Mehrheit der Kreisräte sieht das Anliegen (der LINKEN, d.R.) ebenfalls, wählte allerdings einen anderen Weg. So hatten die Freien Wähler vorgeschlagen, die Aufgaben in bestehenden Ausschüssen zum Thema zu machen. Ein zusätzlicher Ausschuss bedeutet hingegen

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig auch auf regionaler Ebene die Fragen zum sozialen Zusammenhalt, die Unterstützung von Vereinen und Verbänden, Fragen zur Entwicklung des Gesundheitswesens und der mittelsächsischen Kulturlandschaft sind.

Mit unserem Antrag soll diesen Themenfeldern mehr Gewicht in der Kreispolitik eingeräumt werden. In den aktuell vorhandenen Ausschüssen für Verwaltung und Finanzen bzw. dem Technischen Ausschuss kommen diese Bereiche bisher nur am Rand vor und werden mehr aus Sicht der finanziellen Auswirkungen aber nicht inhaltlich diskutiert. Ein Beispiel: Der Fokusbericht „Älter werden in Mittelsachsen“ wurde weder im aktuell zuständigen Ausschuss noch hier im Kreistag diskutiert.

Die zu erwartende demografische Entwicklung, der Altenquotient des Landkreises steigt von 53,2 Prozent im Jahr 2020 auf 71 Prozent im Jahr 2035. Das bedeutet, dass auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter 71 im Rentenalter kommen. Dies wird für die Entwicklung des Landkreises eine enorme Herausforderung für den Arbeitsmarkt, aber eben gerade auch für den sozialen Bereich, im Gesundheitswesen und der Pflege.

Unser Leitbild lautet: „Wir Mittelsachsen haben einen Schatz: unser überaus vielfältiges kulturelles Erbe. Dieses zu bewahren und mit Leben zu füllen ist für uns Herzenssache und Anspruch zugleich.“ Auch hier soll der neue Ausschuss mehr Akzente setzen und die weitere Entwicklung begleiten.

Auch hier die Frage, wann beschäftigen wir uns mit der Volkshochschule, der Musikhochschule, dem Mittelsächsischen Theater, dem Schloss Rochsburg, den soziokulturellen Einrichtungen oder den Aktivitäten des Landfrauenverbandes? Aus diesen Gründen möchten wir Sie um Zustimmung zum Antrag bitten! Wir würden damit als letzter Landkreis in Sachsen einen derartigen Ausschuss bekommen!

Betrachten Sie den heutigen Beschlussvorschlag bitte als eine Grundsatzentscheidung. Details zu den Aufgaben, der Zusammensetzung des Ausschusses können wir gern im Nachgang vor dem eigentlichen Beschluss zur Änderung der Hauptsatzung diskutieren.

Und eine Idee zu der praktischen Arbeit des Ausschusses haben wir auch: der Ausschuss sollte seine Sitzungen meist vor Ort bei den Verbänden oder den vielen genannten Einrichtungen abhalten. So kann ein guter Einblick in die Arbeit gewonnen werden und es können hoffentlich mehr Hinweisen aus Einrichtungen und Organisationen aufgenommen werden. Schließlich würde dies auch die Präsenz des Kreistages im Landkreis erhöhen.

„ein ungünstiges Verhältnis zwischen der Bindung von Kapazitäten und zusätzlichen Kosten zu möglichen Ergebnissteigerungen“, so Fraktionschef Lars Naumann mit Hinweis auf die klamme Kreis-Kasse. Es brauche wirtschaftliche Organisationsformen. Die Linken können mit dem Kompromiss leben, wie Torsten Bachmann erklärte: „Die Mehrheit im Kreistag hat damit bestätigt, dass die Themen bisher unterrepräsentiert sind und Handlungsbedarf besteht. Soziales, Gesundheit und Kultur sollen mehr Gewicht in der Kreispolitik bekommen.“

aktuelle informationen aus dem landratsamt

Auch in der kommenden Kreistagssitzung am 3. Mai ist wieder eine Einwohnerfragestunde geplant.

Für diese können schriftliche Fragen über die Internetseite des Landkreises unter www.landkreis-mittelsachsen.de eingereicht werden. Ein Online-Formular unterstützt die Bürger bei der Einreichung ihrer Anfrage. Einzelne Felder helfen bei der Orientierung. Eine Einwohneranfrage können alle Einwohner des Landkreises stellen. Berechtigt sind darüber hinaus auch Vertreter von Bürgerinitiativen sowie Personen, die ein Grundstück oder ein Gewerbe im Landkreis besitzen.

Zu den Anliegen nimmt in der Regel der Landrat oder ein von ihm Beauftragter Stellung. Ist eine sofortige Beantwortung nicht möglich, erhält die fragstellende Person zeitnah nach der Sitzung eine Antwort.

Auch für Einwohneranfragen per E-Mail hat der Landkreis eine neue Anlaufstelle. Unter einwohnerfragestunde@landkreis-mittelsachsen.de können Fragen ebenfalls eingereicht werden. Weiterhin kann man seine Einwohneranfrage auch mündlich in der Kreistagssitzung stellen oder vorab per Post einreichen.

Fördergeld für ehrenamtliche Projekte bewilligt

Über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements 2023 entschied der Verwaltungs- und Finanzausschuss des Kreistages am 6. April. Rund 150.000 Euro werden dem Landkreis dazu vom Freistaat zur Verfügung gestellt. Unter dem Strich bleibt dennoch eine Verringerung des Gesamtbudgets von knapp 4.000 Euro im Vergleich zum Vorjahr, Landrat Dirk Neubauer bemerkte dazu: „Ich persönlich finde das sehr schade, dass der Freistaat das Budget gekürzt hat. Das Ehrenamt ist extrem wichtig für unsere Gesellschaft. Für den Zusammenhalt. Für das Verständnis. Für das Miteinander. Ich danke jedem, der sich einem Ehrenamt verschrieben hat.“

Zum 31. Dezember 2022 lagen der Verwaltung 128 Anträge zur Bearbeitung vor. Die Gesamtsumme beantragter Aufwendungen beträgt rund 274.000 Euro und übersteigt die verfügbaren finanziellen Mittel erheblich. Auch in diesem Jahr soll es voraussichtlich im November einen Ehrenamtsempfang des Landkreises Mittelsachsen im Freiburger Tivoli geben. Dieser wird im Zeichen des Natur- und Umweltschutzes stehen.

was stand vor 14 jahren im mittelpunkt der arbeit des kreisverbandes der mittelsächsischen linken ?

Im September 2021 haben wir unsere neue Serie unter dem Motto „Was damals geschah“ gestartet. Seitdem rufen wir unseren Leserinnen und Lesern Monat für Monat in Erinnerung, worüber die LinksWorte jeweils vor 14 Jahren berichteten und was die Schwerpunkte der damaligen politischen Arbeit waren. Die Serie werden wir bis zum Ende dieses Jahres fortführen.

Zur Erinnerung: Am 1. August 2008 trat in Sachsen eine „Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform“ in Kraft. Ihr wahrscheinlich bedeutendster Aspekt für die Bevölkerung: Die Bildung von zehn Landkreisen (aus ursprünglich 22) und drei kreisfreien Städten (aus ursprünglich sieben). Einer der zehn neu gebildeten Landkreise: der Landkreis Mittelsachsen, hervorgegangen aus den in der Kreisreform 1994/1996 gebildeten Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. DIE LINKE sah die Reform von Anfang an sehr kritisch und lehnte sie deshalb ab, konnte sich aber - wie zu erwarten war - mit ihrer Auffassung nicht durchsetzen.

Im Herbst 2007 wurde auf einer Delegiertenkonferenz in der „Räuberschänke“ Hartha der Vorstand des neuen Regionalverbundes aus den drei Kreisverbänden gewählt. Am 8. Juni 2008 fanden die Landrats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen statt.

In unserer heutigen Ausgabe beschäftigen wir uns mit dem April-Heft des Jahres 2009 der „LinksWorte“. Im „standpunkt“ war zu lesen „Vor 20 Jahren begann es im Gebälk des „real existierenden Sozialismus in den Farben der DDR“ zu knirschen. Und wenige Monate später war die DDR Geschichte. Sie wurde hinüber in die soziale Marktwirtschaft gewendet. ... Die im „Wen-



deherbst“ 1989 Geborenen werden bald 20 Jahre alt. ... Die jungen Menschen von heute erleben eine kalte, menschenverachtende Gesellschaft - den Kapitalismus eben. Die kann auch der schönste Frühling nicht erwärmen. Und jetzt kommt die schlimmste Finanz- und Wirtschaftskrise hinzu, welche eine zunehmend globalisierte Welt je erlebt hat. Wieder trifft es

die Ärmsten der Armen zuerst und am unerbittlichsten Und das in einer sozialen Marktwirtschaft“. Höhepunkt der Proteste gegen die Politik der Bundesregierung zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise waren mächtige von den Gewerkschaften organisierte Kundgebungen am 28. März 2009 unter dem Motto „Wir zahlen nicht

für eure Krise“ in Berlin und Frankfurt/Main. Wir berichteten über die Teilnahme einer kleinen Delegation unseres Kreisverbandes. Außerdem gab es einen Augenzeugenbericht von Hans-Jürgen Kühn aus Flöha.

Zum „Titelthema des Monats April 2009“ erklärten wir die Vorbereitung der ersten Stadt- und Gemeinderatswahlen im neuen Landkreis am 7. Juni 2009, besonders die Aufstellung der Kandidat*innen und die Finanzierung des Wahlkampfes. In einem redaktionellen Beitrag über die Situation im Kreisverband wurde scharfe Kritik geübt, dass - wie schon im Jahr 2008 - wieder kein „Wahlkampf aus einem Guss über den gesamten neuen Landkreis“ zustandekommt. Noch immer werde zuviel in den Strukturen der alten Kreisverbände gedacht. Berichtet wurde in der Rubrik „Kreisvorstand aktuell“ weiterhin, dass auf der Beratung am 6. April 2009 beschlossen wurde, die den Ortsverbänden zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für den Wahlkampf zu erhöhen.



Ein weiteres Titelthema waren den ersten acht Monaten der Tätigkeit der Linksfraktion im neuen mittelsächsischen Kreistag gewidmet. Dazu waren die „LinksWorte“ im Gespräch mit dem Fraktionsvorstand (dem Vorsitzenden **JENS STAHLMANN** aus Hainichen - Bildmitte - und seinen beiden Stellvertretern **PETER KRAUSE** aus Roßwein - links - und **JOHANNES KRETZER** aus Freiberg).



Die globale Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009, die 2007 als Immobilienkrise in den USA begann, hatte fast überall auf der Welt zu einem deutlich abgeschwächten Wirtschaftswachstum oder zur Rezession geführt. Auch eine kleine Delegation des Kreisverbandes der LINKEN nutzte die Möglichkeit, an der Protestkundgebung am 28. März 2009 im Herzen Berlins teilzunehmen. Auch das Titelbild unserer April-Ausgabe 2009 war dem Ereignis gewidmet.

Weitere Themen der LinksWorte vom April 2009

- Der abschließende dritte Teil eines Reiseberichtes von **MICHAEL MATTHES** unter der Überschrift „Aktuelles von der Freiheitsinsel Cuba“
- Ein Bericht über eine Veranstaltung am 8. April 2009 mit der damaligen Parlamentarischen Geschäftsführerin der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, **CAREN LAY**, in der damaligen Kreisgeschäftsstelle der LINKEN zum Thema „DIE LINKE und die Finanzmarktkrise“.



In der sechsten Folge unserer Serie „mittelsächsische Knüller“ stellen wir die „Krone des Erzgebirges“, das majestätische Schloss Augustusburg vor. Es dominiert das Städtchen Augustusburg, welches erst seit 1899 so heißt. Vorher trug es den Namen „Schellenberg“ und war nach der Burg Schellenberg, dem Vorgängerbau des Jagdschlusses Augustusburg benannt. Im vergangenen Jahr feierte man den 450. Jahrestag der Vollendung des Baus der Augustusburg.

debatte über die friedenspolitik und die haltung zur "querfront"-strategie der rechtspopulisten

von HANS WEISKE

In ihrem Beitrag im „neuen deutschland“ vom 8./9. April beschäftigt sich Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik in der Landtagsfraktion der sächsischen LINKEN mit der Frage „Frieden um jeden Preis?“ und stellt fest: „Für einen Teil der Friedensbewegung war Frieden immer wichtiger als Antifaschismus. Die Position könnte mehrheitsfähig werden.“

Seit der Annexion der Halbinsel Krim durch Russland und dem Beginn des bewaffneten Konflikts im Donbas im Jahr 2014 gibt es der Friedensbewegung heftige Auseinandersetzungen. Aber gerade im Zusammenhang mit den Ostermärschen ist die Debatte um die Haltung der schon immer pluralistischen Friedensbewegung zum Krieg in der Ukraine und zur Nato heftiger denn je ausgebrochen.

Laut Kerstin Köditz stoßen auch bei Mitgliedern oder Anhängern der Linken zwei Auffassungen zur Mitarbeit in der Friedensbewegung zusammen: Einerseits die Vorwürfe der „linken Kritiker*innen, man arbeite mit rechten und rechtssoffenen Gruppen zusammen, grenze sich mangelhaft gegenüber der extremen Rechten ab, begeben sich in die Nähe zu den Positionen Putins und lehne Maßnahmen gegen Russland ab. Andererseits die strikte Zurückweisung dieser Vorwürfe: „Der Bombe, die fällt, ist es egal, ob du rechts oder links bist“, alle, die „ehrlichen Herzens für den Frieden sind“, seien willkommen, denn die Frage des Überlebens der menschlichen Gattung sei wichtiger als alle sonstigen Differenzen.



Auseinandersetzungen im Vorfeld der Ostermärsche u.a. in Berlin, Bremen, Hamburg, Potsdam und Magdeburg führen Kerstin Köditz zur Frage „Ist es die zielgerichtete Arbeit an einer sogenannten Querfront, die sich hier abzeichnet, die von etlichen Wortführern der extremen Rechten wie Jürgen Elsässer geradezu herbeigesehnt wird? Ist es den betreffenden Linken schlicht egal, mit wem sie marschieren? Ist ihnen der „Kampf für den Frieden“ schlicht wichtiger als der Antifaschismus? Frieden um jeden Preis? Den „Krefelder Appell“ gegen die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in der BRD aus dem Jahr 1980

unterschrieben über vier Millionen Menschen. Es wäre falsch zu behaupten, sie alle wären vom Gedanken des Antifaschismus beseelt gewesen. Aber ebenso falsch wäre es, zu behaupten, die damalige Friedensbewegung wäre vom Querfront-Gedanken geprägt gewesen. Die Maxime des Schwurs von Buchenwald „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ galt nicht immer uneingeschränkt. Leider.

Kerstin Köditz schließt ihren Artikel mit den Worten: „Die Strömung, die Frieden wichtiger fand als Antifaschismus, war in der Vergangenheit in der Friedensbewegung nie mehrheitsfähig. Sie droht es heute zu werden. Zu Zeiten des „Krefelder Appells“ war diese Strömung eingebettet

in einen linken Mediendiskurs, konnte deshalb nur schwach wirksam werden. Dieser Zustand ist heute nicht mehr gegeben. Die Öffnung für jene Rechten, die „ehrlichen Herzens für den Frieden sind“, kann deshalb nur zur weiteren Stärkung der extremen Rechten führen“.

Stichwort: Querfront

(Auszüge aus Wikipedia)

Als **Querfront im engeren Sinn** werden antidemokratische Strategien in der Weimarer Republik bezeichnet, die versuchten, die Ideologien Nationalismus und Sozialismus miteinander zu verbinden, um die politische Macht zu erringen.

Als **Querfront im weiteren Sinn** bezeichnet man die Zusammenarbeit oder Vermischung linker und rechter Positionen, um die Zustimmung zu antiemanzipatorischen Positionen zu vergrößern und Lager-übergreifende Aktionsbündnisse „quer“ zu bestehenden links- und rechtsgerichteten politischen Standpunkten herzustellen.

Heute werden Querfront-Bestrebungen besonders im **deutschen Rechtspopulismus** sichtbar. Dazu zählt der Sozialwissenschaftler Wolfgang Storz die Zeitschrift „Compact“ von Jürgen Elsässer (seit 2010), das Internetportal KenFM von Ken Jebsen (seit 2011), die Partei Alternative für Deutschland (seit 2013), die Mahnwachen für den Frieden, das islamfeindliche Demonstrationenbündnis Pegida und dessen regionale Ableger (wie z. B. Legida in Leipzig) (seit 2014). Kennzeichnend für diese neue Querfront seien eine leistungsfähige eigenständige Gegenöffentlichkeit und einfache populistische Fronten: „Volk gegen Eliten, Wahrheit gegen Lügenpresse“.



Titelbild der Monatszeitschrift „Compact“ von Jürgen Elsässer vom April 2023 - es kommentiert sich von selbst!

Die Ziele dieser „Querfront“ formulierte Jürgen Elsässer in der Erstausgabe von „Compact“ wie folgt: Man wolle eine „Volksfront“ aus der Gesamtbevölkerung aufbauen, damit diese die fehlende Souveränität erkämpfe. Die Linke müsse mit der Rechten einen „offenen Dialog“ führen und umgekehrt, um „Dogmen“ zu überwinden und „Tabus“ zu brechen und so einen gemeinsamen „Widerstand“ gegen jene Mächte zu ermöglichen, die das deutsche Volk beherrschen. ... Ziel der Querfront-Propaganda sei ein enges Bündnis mit dem von Putin beherrschten Russland, um ein autoritäres nationalistisches System durchzusetzen. ... Im Bezug auf Russland wurde schon 2014 die Melange, welche sich auf den Mahnwachen für den Frieden zeigte, als Querfront bezeichnet. Linke und Rechte trafen sich dort in derselben Front gegen den liberalen Westen, so Jürgen P. Lang, da sei die übrige politische Richtung dann relativ egal. Die „Welt“ schrieb, wer den russischen Überfall auf die Ukraine 2022 mit einer angeblichen „Befreiung“ rechtfertige, ernte Applaus sowohl vom linken als auch vom rechten Rand des politischen Spektrums.

Für Frieden und Deeskalation in der Ukraine (aus einem Beschluss des Parteivorstandes vom 25./26. Mai 2014)

Keine Unterstützung von rechtsextrem, verschwörungstheoretisch und antisemitisch durchsetzten Veranstaltungen der sogenannten Friedensbewegung 2014

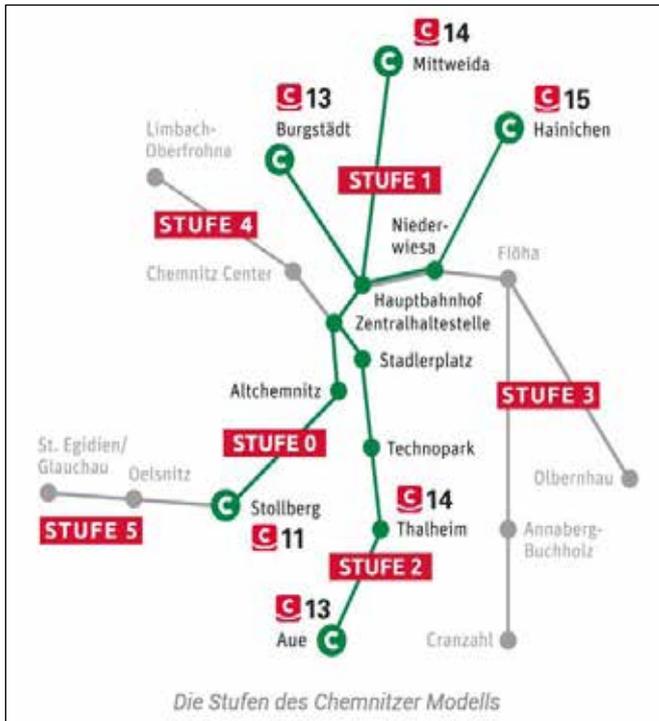
1. DIE LINKE unterstützt mit allem Engagement die Aktivitäten der Friedensbewegung und der antimilitaristischen Initiativen gegen Krieg und jede weitere Eskalation des Konflikts in der Ukraine. DIE LINKE steht an der Seite aller Menschen, die sich aus Sorge um eine weitere Eskalation im Ukraine-Konflikt friedenspolitisch engagieren und ihren Protest auf die Straße tragen. Deshalb unterstützen wir jeden Ansatz für Antikriegsbündnisse und Zusammenarbeit mit Basisinitiativen, Friedensgruppen und anderen demokratischen Kräften, um dem Friedenswillen öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. ...

2. DIE LINKE distanziert sich unmissverständlich von Aktivitäten von Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten, die die Sorge vor Krieg und Eskalation zum Anlass nehmen, um auf „Montagsmahnwachen“ oder „Montagsdemonstrati-

onen“ rechtspopulistische Welterklärungsmuster und „Querfront“-Strategien salonfähig zu machen. ... DIE LINKE wird mit diesen Kräften ganz grundsätzlich nicht zusammenarbeiten. Was als „überparteilich“ dargestellt wird, ist am Ende nicht selten die Propagierung von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Homo-/Transfeindlichkeit. Das lehnen wir ohne Wenn und Aber ab.

3. DIE LINKE wird alles unternehmen, um durch Aufklärung und Informationsarbeit auf den rechtspopulistischen Charakter dieser Veranstaltungen und der Rhetorik der Organisatoren der „Montagsdemonstrationen“ hinzuweisen. Anstatt der Verklärung und Verwischung der existierenden Widersprüche in unserer Gesellschaft den Boden zu bereiten, setzen wir auf einen klaren Trennungsstrich gegenüber den unter „Kapitalismuskritik“ firmierenden rechten und neurechten Ideologien. Diese sind letztlich nichts anderes als die Konstituierung von „Sündenböcken“ in der Rhetorik der Kapitalistenkritik, die auch im rechten und nationalistischen Diskurs eine lange Tradition hat.

von HANS WEISKE



Am 5. April begab ich mich - ausgerüstet mit einem Ticket des Verkehrsverbundes Mittelsachsen (VMS) - mit der City-Bahn Chemnitz auf Fahrt auf allen in Betrieb befindlichen Strecken des Chemnitzer Modells (mit Ausnahme des Abschnittes der C14 zwischen Mittweida und Chemnitz). Nur die Startetappe von Flöha/OT Falkenau zum Chemnitzer Hauptbahnhof und den Abschluss von Niederwiesa zurück nach Falkenau habe ich mit der Erzgebirgsbahn "abgewickelt".

Mein "Steckenverlauf" mit der City-Bahn Chemnitz: Von Chemnitz mit der C11 nach Stollberg, anschließend auf der künftigen Ausbaustufe 5 des Chemnitzer Modells mit der Regionalbahn nach St. Egidien und von dort zurück nach Chemnitz. Hier Mittagspause. Danach mit der C13 nach Aue, von dort über Chemnitz nach Burgstädt und von dort zurück nach Chemnitz. Anschließend mit der C15 über Niederwiesa und Frankenberg nach Hainichen, von dort zurück nach Niederwiesa. Abfahrt in Falkenau: 08:32 Uhr. Ankunft in Falkenau: 19:24 Uhr.

Mein Gesamteindruck: Mich interessierte natürlich besonders die Anbindung des Landkreises Mittelsachsen an die Chemnitzer City-Bahn. Dabei stellte ich fest: so traurig das Kapitel "Eisenbahn-Fernverkehr" für die Stadt Chemnitz (gegenwärtig keinerlei Anschluss an ICE und IC-Verbindungen) ist, so überzeugend das "Chemnitzer Modell" des SPNV für die Stadt Chemnitz und deren Umland.

Ergebnis meiner Fahrt: Mit den Linien C13 (Burgstädt-Aue), C14 (Mittweida-Thalheim) und C15 (Hainichen-Frankenberg-Chemnitz/Technopark) kann man mit den modernen Fahrzeugen der City-Bahn von Burgstädt, Frankenberg, Hainichen und Mittweida jetzt direkt und sehr bequem in die Chemnitzer Innenstadt, bis zum Technopark im Süden der Stadt bzw. mit der C13 oder C14 weiter bis nach Aue oder nach Thalheim fahren. Burgstädt bzw. Mittweida sind darüber hinaus bequem durch die Regionalbahnlinien von Chemnitz nach Leipzig bzw. Elsterwerda erreichbar. Besonders eindrucksvoll die Organisation des Anschlusses an die pünktlich 16:24 Uhr eingefahrene City-Bahn in Burgstädt. Ich zählte acht Busse, die abfahrtsbereit waren.



Abgeschlossen:

- Pilotstufe 0:** Die Pilotstrecke Chemnitz/Hauptbahnhof-Altchemnitz-Stollberg
Inbetriebnahme: 12.2002
- Ausbaustufe 1:** Durchbindung der SPNV-Linien aus Burgstädt, Mittweida und Hainichen durch den Hauptbahnhof in das Stadtzentrum von Chemnitz
Inbetriebnahme: 10.2016
- Ausbaustufe 2:** Bau eines Gleisbahnabschnitts bis zum TU-Campus und Ausbau der bestehenden Eisenbahnstrecke von der Verknüpfungsstelle in Chemnitz über Thalheim nach Aue.
Inbetriebnahme: 01.2022

In Vorbereitung:

- Ausbaustufe 3:** Einbindung der SPNV-Linien aus Richtung Niederwiesa (von Annaberg-Buchholz, Crazzahl und Olbernhau aus) direkt in das Stadtzentrum von Chemnitz. Die Planung ruht derzeit. Sie soll als letzte Stufe des Chemnitzer Modells realisiert werden.
- Ausbaustufe 4:** Anbindung von Limbach-Oberfrohna über eine neue Straßenbahntrasse vom Chemnitzer Stadtzentrum bis in das Chemnitz-Center in Röhrsdorf und eine anschließende 16 Kilometer lange Neubaustrecke. Aktuell erfolgt die Entwurfsplanung. Als Baubeginn ist 2026 vorgesehen.
- Ausbaustufe 5:** Bau einer rund 3,5 Kilometer langen Neubaustrecke im Stadtgebiet Stollberg sowie Ausbau und Elektrifizierung der anschließenden 16 Kilometer bis St. Egidien. Als Baubeginn ist 2024 vorgesehen.



Oberes und mittleres Bild: Abfahrtsbereit im Chemnitzer Hauptbahnhof die Fahrzeuge der City-Linien nach Stollberg (C11), Aue (C13) und Hainichen (C15) (von links). Im mittleren Bild die Abfahrtszeiten einschließlich der Straßenbahnlinien 3 und 4. **Unteres Bild:** Nachmittäglicher Anschlussverkehr am ehemaligen Bahnhof Burgstädt.

das selbstbestimmungsrecht der völker

von ACHIM GRUNKE

Wie bereits im Beitrag „Über die allgemeinen Prinzipien des Völkerrechts“ der LinksWorte Nr. 181 festgestellt, gehört das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu den Grundprinzipien des modernen Völkerrechts. Aus Platzgründen konnte aber im o.g. Beitrag auf dieses Grundprinzip nicht näher eingegangen werden, deshalb dazu hier eine Fortsetzung.

Idee und Zielsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker gehen auf die bürgerliche Aufklärung des 18. Jahrhunderts zurück. Seine erste revolutionäre Präsenz erhielt es in der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, die das Recht des Volkes auf Befreiung von einem Regime forderte, das die unveräußerlichen Rechte der Menschen missachtete. Einen weiteren Anstoß erhielt die Idee des Selbstbestimmungsrechts im Gefolge der Französischen Revolution von 1789, die für die Nationalbewegungen im 19. Jahrhundert Impuls gebend war.

Im „Zimmerwalder Manifest“ der internationalen sozialistischen Konferenz vom September 1915 hieß es: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muss unerschütterlicher Grundsatz in der Ordnung der nationalen Verhältnisse sein. In seinen „Vierzehn Punkten“ vom Januar 1918 verband der US-Präsident Woodrow Wilson die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit der Staaten mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Schutz nationaler Minderheiten.

Erstmals Eingang in das Völkerrecht erlangte der Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker jedoch erst in der UNO-Charta von 1945. Ausführlicher und präziser definiert wurde das Selbstbestimmungsrecht später im Ergebnis erfolgreicher antikolonialer Befreiungskämpfe in Artikel 1 der beiden UNO-Menschenrechtskonventionen von 1966 und der Prinzipien Deklaration des Völkerrechts von 1970.

Inhalt des Selbstbestimmungsrechts

Danach haben alle Völker das Recht, frei und ohne Einmischung von außen über ihren politischen Status zu entscheiden und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten, und jeder Staat ist verpflichtet, dieses Recht im Einklang mit den Bestimmungen der UNO-Charta zu achten.

Dazu gehört auch, dass alle Völker für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen können, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

Jeder Staat hat die Pflicht, sowohl gemeinsam mit anderen Staaten als auch jeder für sich, die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker im Einklang mit den Bestimmungen der UNO-Charta zu fördern und die Vereinten Nationen bei der Erfüllung der ihnen mit der Charta übertragenen Aufgaben hinsichtlich der Anwendung dieses Grundsatzes zu unterstützen,

- a) um freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu fördern

und

- b) um dem Kolonialismus unter gebührender Berücksichtigung des frei geäußerten Willens der betroffenen Völker ein rasches Ende zu bereiten,

eingedenk dessen, dass die Unterwerfung von Völkern unter fremde Unterjochung, Herrschaft und Ausbeutung eine Verletzung dieses Grundsatzes und eine Verweigerung grundlegender Menschenrechte darstellt und im Widerspruch zur UNO-Charta steht. Was ein „Volk“ jedoch ausmacht, lassen die völkerrechtlichen Bestimmungen indes offen. Gemeinhin gehört dazu eine gewisse kulturelle Eigenständigkeit, eine eigene Sprache sowie ein Zusammenhörigkeitsgefühl und eine längerfristige Verbundenheit mit dem Territorium.

Autonomie oder Sezession

Für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts gibt es grundsätzlich zwei Wege: die Autonomie oder die Sezession.

„Soweit sich die Völker auf ihren Status innerhalb der vorgegebenen Grenzen beschränken, handelt es sich um das Problem der Autonomie, tendieren sie aber zu einem Austritt aus dem Staatsverband und einer eigenen staatlichen Organisation, so handelt es sich um das Problem der Sezession. Beide Optionen sind nicht ausschließlich vom freien Willen des Volkes in der Minderheit abhängig wie z.B. in Kanada (Quebec), Spanien (Basken, Katalanen) oder Großbritannien (Schottland). Der Übergang von der Forderung nach Autonomie zu der nach Sezession kann auch durch die unerträglichen Bedingungen hervorgerufen bzw. geradezu erzwungen werden, die der Staat dem Volk auferlegt. Wie umgekehrt die Aufgabe des Ziels einer eigenen staatlichen Organisation und der Verbleib im alten Staatsverband durch eine bestimmte Konstellation des internationalen Kräfteverhältnisses hervorgerufen sein kann.“ (Norman Paech: Menschenrechte. Geschichte und Gegenwart. Anspruch und Realität, PapyRossa Verlag 2019, S. 88f)

Das Selbstbestimmungsrecht war die rechtliche Grundlage der Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf gegen die alten Kolonialherrschaften. Nach den erfolgreichen Befreiungskämpfen und dem Ende der Kolonialherrschaft entschied jedoch die Organisation der Afrikanischen Staaten(OAU), von nun an der territorialen Integrität der vom Kolonialismus befreiten Staaten den Vorrang einzuräumen und die kolonialen Grenzen anzuerkennen, denn würde man allen afrikanischen Völkern ein Sezessionsrecht geben, wäre der Kontinent nicht nur in Kürze einem Spaltungsprozess in hunderte kleiner und kleinster Staaten, sondern auch Gewalt und Krieg ausgesetzt. Die Akzeptanz der alten Grenzen und der Vorrang der territorialen Integrität sollten allerdings nicht den Untergang des Selbstbestimmungsrechts bedeuten. Sie sollten dieses Recht auf Autonomie und Selbstverwaltung, politisch, wirtschaftlich und kulturell, in den Grenzen des Staates beschränken. Nur in dem Fall, dass der Zentralstaat diese Rechte verweigert und dem Volk die grundlegenden Menschenrechte dauerhaft vorenthält und es unterdrückt, sollte das Recht zur Sezession wiederaufleben; eine politisch nüchterne und rationale Entscheidung, die auch von der UNO akzeptiert wurde. (Vgl. Norman Paech, a.a.O., S. 92)

Sezession ist also nicht die einzige und zwingende

Konsequenz aus dem Selbstbestimmungsrecht. Selbstbestimmung für bestimmte Gebiete bzw. für ethnische oder andere Minderheiten wird dann etwa durch weitgehende Beteiligungsrechte als Teilstaat in einem föderalen Staatswesen oder ausgedehnter Autonomie sowie kultureller und sprachlicher Sonderrechte garantiert. Das Selbstbestimmungsrecht kann nicht losgelöst von den anderen Völkerrechtsprinzipien wie der territorialen Integrität und Souveränität der Staaten realisiert werden. Erst wenn ein Staat die Prinzipien des Völkerrechts missachtet und Teile seiner Bevölkerung massiv diskreditiert, soll das Selbstbestimmungsrecht in Form der Sezession als letzter Ausweg offen bleiben. (Vgl. Menschenrechte. Ein interdisziplinäres Handbuch, J.B. Metzler Verlag 2012, S. 300f)

Situation in der Ukraine

Nach der Volkszählung von 2001 belief sich der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung im Gebiet Donezk 74,9%, im Gebiet Luhansk 68,8%, auf der Krim ohne Sewastopol 58,5% und in Sewastopol 71,6%. In diesen ukrainischen Landesteilen galt über lange Zeit das Russische als zweite Amtssprache. Jedoch gleich nach dem Regimewechsel im Februar 2014 infolge des Euromaidan-Umsturzes beschloss das ukrainische Parlament in einer seiner ersten Amtshandlungen mit einer knappen Mehrheit die Aufhebung des bisherigen Sprachgesetzes und damit die Verdrängung des Russischen als Amtssprache. Kritik an dieser Entscheidung kam von Russland, der OSZE, dem Europarat und von den Außenministern Polens, Ungarns und Rumäniens. Die Unruhen im Osten des Landes verschärften sich dadurch weiter, letztlich musste Übergangspräsident Turtshynow ein Veto einlegen, so dass das Gesetz weiterhin in Kraft blieb. Aber politisches Porzellan war erst mal zerschlagen und Misstrauen gegenüber den neuen Machthabern in Kiew blieb. War die Loslösung der Krim sowie die gewaltsame Abtrennung der Donbassgebiete von der Ukraine und ihre Eingliederung in die Russische Föderation deshalb ein legitimer Akt?

Ganz unabhängig davon, dass diese Sezession gegen die ukrainische Verfassung verstieß, gilt der Grundsatz, dass eine Sezession nur dann anerkannt werden kann, wenn ihr die Entscheidung des ganzen Volkes und nicht nur des sezessionswilligen Teiles zugrunde liegt; wie z.B. bei der Auflösung der Tschechoslowakei 1992/93. Nur dann, wenn die Rechte eines Volkes dauerhaft und schwerwiegend verletzt werden und ein Autonomiestatus verweigert wird, einem Volk der Verbleib im Staat also nicht mehr zumutbar ist, wird der Weg der Sezession allgemein anerkannt. Ob das auf die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine zutrifft, wird allgemein bezweifelt, auch wenn die neuen ukrainischen Machthaber wenig bis nichts getan hatten, das Vertrauen bei der russischsprachigen Bevölkerung zurückzugewinnen, ja manche Aktivitäten als Ausfluss der Toleranzfähigkeit des ukrainischen Nationalismus gar das Gegenteil bewirkten.

Russland selbst hat 1995 die Unabhängigkeitserklärung Tschetscheniens und das entsprechende Referendum als ungültig zurückgewiesen und war mit Waffengewalt gegen die Separatisten vorgegangen. Dass nun Russland seit Februar 2022 mit militärischer Gewalt ostukrainische Gebiete okkupiert hat, kann mit dem Selbstbestimmungsrecht niemals begründet werden, da hier gegen das wichtige Völkerrechtsprinzip des Gewaltverbots grob verstoßen wurde.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 6. April in der Kreisgeschäftsstelle zu seiner turnusmäßigen Sitzung zusammen. Zum 1. Tagesordnungspunkt war Tino Moritz, Landeskorrespondent Büro Dresden der „Freien Presse“ anwesend.

Auf der Beratung wurden folgende Schwerpunkte behandelt:

■ *Verständigung zum Antrag des Leipziger Stadtvorstands zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitag, über welchen alle Kreisverbände informiert und um Beratung und ggf. Votierung gebeten wurden. Völlige Übereinstimmung bestand in der Frage, dass ein Sonderparteitag die gleichen Delegierten wie der Parteitag im vergangenen Sommer hätte und wahrscheinlich zu ähnlichen Beschlüssen käme, die uns insgesamt nicht weiterhelfen. Für einen Sonderparteitag wurde deshalb nicht votiert. Gesprächsbedarf und kontroverse Auffassungen gab es vor allem zur Frage, was gegenwärtig noch der Kitt sei, der DIE LINKE zusammenhalten könnte: Ist es das Thema "Frieden" oder das Thema "Antifaschismus". In das Zentrum der Debatte rückte auch immer wieder das Zerwürfnis der Partei mit Sahra Wagenknecht.*

■ *Robert Wünsche, in der Landesgeschäftsstelle u.a. zuständig für die Unterstützung der Kreisverbände, analysierte die möglichen neuen Zuschnitte der Wahlkreise zu den kommenden Kreistags-, Landtags- und Bundestagswahlen in den Jahren 2024 bzw. 2025. Was den Zuschnitt der Wahlkreise zu den Kreistagswahlen im kommenden Jahr angeht, wurde der Kreistagsfraktion empfohlen, sich für eine aus Sicht der LINKEN günstigen Variante stark zu machen. Grundlage der anschließenden Debatte war die Analyse der sehr differenzierten Ergebnisse in den 14 Kreistagswahlkreisen zur Wahl 2019.*

■ *Der stellvertretende Kreisvorsitzende Arndt Scharfenstein wertete die Beratung des Landesvorstands mit den Kreisgeschäftsführer*innen vom 28. März aus. Er nahm an der Video-Konferenz teil, da die Funktion des/der Kreisgeschäftsführer*in in unserem Kreisverband nicht besetzt ist. Im Mittelpunkt stand die Terminkette des Landesverbandes in Vorbereitung auf das Superwahljahr 2024 und die Bundestagswahlen 2025.*

■ *Der Kreisvorstand bestätigte Marvin Jamale als Kreiswahlkampfbeauftragten für die Vorbereitung der Wahlen im kommenden Jahr.*

NACH-(DENKENS)-WERTES

Wer glaubt, etwas zu sein, hat aufgehört, etwas zu werden.
Sokrates

Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.
Antoine de Saint-Exupery

Man kann die Menschen nur richtig verstehen, wenn man sie liebt.
Rosa Luxemburg

unsere jubilarer



All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im Mai 2023 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

GERTRAUDE FRITSCH	geb. am 01.05. 1939,	in	Leisnig
UTE RIMPLER	geb. am 02.05. 1948,	in	Roßwein
GERD MINKNER	geb. am 08.05. 1943,	in	Mittweida
ARMIN WEIHS	geb. am 08.05. 1939,	in	Döbeln
ERIKA WUNTSCHOFF	geb. am 09.05. 1937,	in	Freiberg
GISELA EXNER	geb. am 13.05. 1939,	in	Rochlitz
UWE FANKHÄNEL	geb. am 14.05. 1963,	in	Freiberg
DETLEF HENOW	geb. am 14.05. 1948,	in	Rochlitz
HEIDEMARIE MÜLLER	geb. am 18.05. 1948,	in	Leisnig
ANNELIESE OEHMICHEN	geb. am 20.05. 1938,	in	Bobritzsch-Hilbersdf.
HELMUT HANTSCHMANN	geb. am 21.05. 1932,	in	Brand-Erbisdorf
KLAUS OEHMIG	geb. am 23.05. 1940,	in	Penig
FRIEDHELM GÖTZ	geb. am 27.05. 1930,	in	Lichtenau
ROLF PIETZSCH	geb. am 27.05. 1935,	in	Döbeln
IRENE WOLF	geb. am 28.05. 1928,	in	Roßwein
MONIKA LAUTENSCHLÄGER	geb. am 30.05. 1948,	in	Döbeln
GUDRUN SEIFERT	geb. am 30.05. 1940,	in	Flöha
VIOLA ROTH	geb. am 31.05. 1963,	in	Freiberg

In eigener Sache: An dieser Stelle hat seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senior*innen in den „LinksWorten“ ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei der dokumentierten Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

historische daten und jahrestage im april 2023

23.04. - 10.12. 1898 Spanisch - US-amerikanischer Krieg

17. - 25.04. 1923 12. Parteitag der KPdSU: Erster Parteitag ohne den schon schwer kranken Lenin. Seine Briefe an den Parteitag wurden nur intern bekannt gegeben und die Ratschläge, u.a. die Ablösung Stalins als Generalsekretär, nicht umgesetzt. Der Parteitag festigte die Macht der Troika Stalin-Sinowjew-Kamenjew gegen Trotzki.

01.04. 1933: Antisemitischer Pogrom („Reichsboykotttag“)

19.04. 1943: Beginn des Aufstandes im Warschauer Ghetto. Er wurde blutig niedergeschlagen.

03.04. 1948: Unterzeichnung des Marshallplangesetzes in Washington.

09.04. 1948: Volksaufstand in Bogota

10.04. 1948: Wilhelm Külz, Mitbegründer der LDPD, gestorben.

16.04. 1948: Gründung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC).

21.04. 1948: Gründung der NDPD in der SBZ. Erster Vorsitzender wird Lothar Bolz.

27.04. 1948: Die Delegiertenkonferenz der KPD beschließt in Herne ihre politische und organisatorische Selbständigkeit in den westlichen Besatzungszonen.

29.04. 1948: Gründung der DBD in der SBZ. Erster Vorsitzender wird Ernst Goldenbaum.

30.04. 1948: Gründung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Bogota.

20.04. 1953: Erich Weinert verstorben

29.04. 1963: Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg. Er wird am 10.05. erfolgreich beendet.

08.04. 1973: Pablo Picasso gestorben.

11. - 16.04. 1983: Internationale Konferenz „Karl Marx und unsere Zeit“ in Berlin.

25.04. 1983: Das Hamburger Magazin „Stern“ präsentiert die angeblichen Hitler-Tagebücher.

02.04. 1993: Die Bundesregierung beschließt die Beteiligung deutscher Soldaten an der Überwachung des Flugverbots über Bosnien-Herzegowina. Es ist der erste Auslandseinsatz deutscher Soldaten seit 1945.

15.04. 1993: In Berlin konstituiert sich die Leibniz-Sozietät der Wissenschaften.

terminübersicht

april 2023:

- 22./23.04. Bundesweite dezentrale Aktionstage »Soziale und klimagerechte Mobilitätswende jetzt«
- 27.04. Girls´ Day
- 29.04. 10:00 Uhr Parteikonvent des Landesverbandes Leipzig, VDI-Garage, Karl-Heine-Straße 97 (Veranstaltung ist ausgebucht)

mai 2023:

- 06.05. 10:00 Uhr Gründungsversammlung einer Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Jugend und Kindheit in Kassel
- 07.05. 10:00 Uhr Regionalkonferenz der LINKEN unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft machen“ in Leipzig, Ort noch nicht festgelegt
- 10.05. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Bürgerbüro Döbeln, Bahnhofstraße 1a
26. - 29.05. 23. Pfingstcamp der linksjugend [solid] Sachsen Doks, Tschechische Republik, Anreise über Zittau

Vorschau:

06. 06. Beratung mit den Vorsitzenden der Ortsverbände
26. - 30.06. Regionalkonferenzen nach dem Altkreisprinzip (Bekanntgabe der Termine in der Mai-Ausgabe)



Für vorgesehene Kommunalworkshops in den Kreisverbänden können durch die Ortsverbände sechs Postkartenmotive zur Unterstützung der Kandidat*innenfindung mit Text auf der Rückseite bestellt werden.



Der Parteivorstand hat am 21. März einen Beschluss zum Start einer Umverteilungskampagne gefasst

Ausgangspunkt: Der Markt taugt nicht für eine verlässliche, geschweige denn gerechte Versorgung der Bevölkerung. Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Die Ampel hat begonnen zu reagieren, ihre Programme entlasten teilweise von den hohen Energiepreisen – gleichzeitig bedienen sie die überhöhten Preise auf dem Markt. Damit sichern sie auch hohe Profite für Wenige. Die Krisen sind selbst Treiber der sozialen Ungleichheit: Das Armutsrisiko steigt, die Reichen werden reicher. Die Übergewinnsteuer für (alle) Krisengewinne ist ein notwendiges Gegengewicht. Es braucht eine Umverteilung von oben nach unten. Nicht als milde Gabe der Reichen, sondern weil der Reichtum, den alle erwirtschaftet haben, ungerecht verteilt ist. Und es braucht grundlegende Veränderungen: Die Öffentliche Daseinsvorsorge muss dem Markt entzogen werden. Was für alle da ist, muss allen gehören und zum Wohle aller – nicht für den Profit der Wenigen – organisiert werden. Die Erfahrungen aus den **Pflege- und Mietenkampagnen** haben gezeigt, dass mehr Ebenen der Partei aktiv mit einbezogen werden müssen, um erfolgreicher zu sein und die Themen besser in der Partei zu verankern.

Die ersten Schritte:

- Mitte April findet ein pressewirksames Kick-Off Event mit den Vorsitzenden statt.
- „Jetzt wird umverteilt!“ startet in der Fläche zum 1. Mai. An diesem Tag macht die Partei auf den vielen Veranstaltungen die Forderungen nach gerechter Besteuerung und Umverteilung stark.
- Neben den Aktivitäten am 1. Mai wird die Kampagne in die Fläche getragen und vorgestellt. In die Landesvorstände, Kreisvorstände und vor allem an die aktiven Genossinnen und Genossen. Die Parteivorstandsmitglieder tragen die Kampagnenidee in ihre Landesvorstände und laden Mitarbeiter*innen aus dem Bereich Kampagnen ein, diese dort vorzustellen.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen

MANFRED SCHNEIDER
LOTHAR WAGLER

Flöha
Freiberg

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.